

SENIOREN UNION **report**



EIN INFORMATIONSDIENST DER SENIOREN-UNION DER CDU NORDRHEIN-WESTFALEN

Verleihung des Förderpreises der Senioren-Union der CDU NRW für den musikalischen Nachwuchs.

Charlotte Hahn hat es den mehr als 100 Zuhörern im Palais Wittgenstein in Düsseldorf angetan. Bei der Verleihung des Förderpreises der Senioren-Union (SU) der CDU Nordrhein-Westfalen für den musikalischen Nachwuchs hielt es die Zuhörer nicht mehr auf den Sitzen. Lang anhaltender Beifall war der zusätzliche Lohn für die 19jährige Musikerin aus Münster, die eindrucksvoll bewies, dass mit der Marimba Klassiker einfühlsam zu Gehör gebracht werden können. Den mit 5000 Euro dotierten Preis nahm die junge Musikerin, die schon an zahlreichen Wettbewerben erfolgreich teilgenommen hat und für ihr Alter bereits viele anspruchsvolle Auftritte zu verzeichnen hatte, gerne aus den Händen von Leonhard Kuckart, NRW-Landesvorsitzender der Senioren-Union der CDU, entgegen. Sie werde jetzt an der Hochschule für Musik und Tanz in Köln das Studium aufnehmen. Dafür sei der Preis eine willkommene Unterstützung, sagte Sie nach ihrem bemerkenswerten Auftritt.

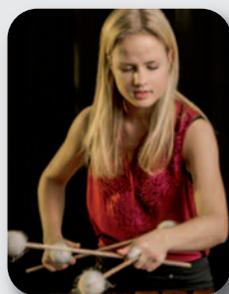
Leonhard Kuckart betonte, die Senioren-Union bekenne sich zur Verantwortung



„Eine Klasse für sich“, so beurteilte Wolfgang Börnsen, der viele Jahre Kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, die Leistung der Preisträgerin Charlotte Hahn.

der älteren Generation gegenüber den jüngeren und fühle sich in besonderer Weise für die Enkelkindergeneration verantwortlich. Aus dieser Motivation heraus, habe man den Musikförderpreis ins Leben gerufen.

Leonhard Kuckart hob den pädagogischen Wert der Musik hervor, die eine gute Voraussetzung und Grundlage für die positive Entwicklung eines jungen Menschen sei. Er zitierte Papst Benedict, der bei einem Besuch des Deutschen Bun-



Musikförderpreis der SU-NRW an Charlotte Hahn

Seite 1 ►



1. Tag der Vereinigungen der CDU NRW

Seite 3 ►



Behinderten- und Rehabilitations-sportverband Nordrhein-Westfalen e.V. (BRSNW)

Seite 8 ►



Über 100 aufmerksame und interessierte Gäste folgten den auch tagesaktuellen Ausführungen des Festredners und ehemaligem Kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen.

destages sagte: „Das Zusammenleben der Menschen in Freiheit geht nur in Solidarität.“

Festredner Wolfgang Börnsen. Landesvorsitzender der SU in Schleswig-Holstein und wie Leonhard Kuckart auch deren stellvertretender Bundesvorsitzender, hob die Musiker-Nachwuchsförderung der SU in Nordrhein-Westfalen als vorbildliches Beispiel hervor: „Musik aktiv betrieben macht mutige Menschen und fördert die Gemeinsamkeit.“ Die Preisträgerin Charlotte Hahn sei „eine Klasse für sich“, urteilte Wolfgang Börnsen, der viele Jahre Kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen ist. Zum Wert der Kulturschaffen-

den für die Gesellschaft sagte Börnsen: „Ohne sie wäre der Fortschritt nicht denkbar.“ Gleichzeitig kritisierte er den Mangel an kultureller Bildung in Deutschland. Zwei Drittel aller Bundesbürger hätten noch nie eine qualifizierte Kulturveranstaltung besucht. „Dabei erleben wir immer wieder Etatkürzungen im Bereich der Kultur. Es dürfen keine Museen und Büchereien dicht gemacht werden“, sagte der Kulturpolitiker und erhielt dafür Beifall. Die Forderung der Linken und Grünen, Deutschland müsse sich ändern und anderen Kulturen anpassen, könne er nicht teilen. „Ich möchte, dass Deutschland seine Identität behält und seine Kulturtradition nicht aufgibt. Wer hier lebt, sollte es als selbst-

verständlich ansehen, die Sprache seines Gastgebers zu erlernen.“ Börnsen erhob die Forderung, die Nationalsprache in die Verfassung aufzunehmen. „Deutsch wird in Europa von mehr als 100 Millionen Menschen gesprochen und sollte in der EU erstrangig werden mit Englisch und Französisch.“ Börnsen erinnerte an den Antrag der SU, eine Skulptur für die Opfer der kommunistischen Gewalt zu errichten. „Geschehen ist bisher nichts“, sagte er mit Blick auf die Bundes-CDU.



Den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt zu fördern, um eine gute gemeinsame Zukunft zu gestalten, so die Intention des Landesvorsitzenden der Senioren-Union Leonhard Kuckart.



Eberhard Bauerdick, stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren-Union in NRW dankte ausdrücklich Leonhard Kuckart für den Förderpreis und forderte den Fortbestand des Preises. Dafür erhielt er anhaltenden Applaus. Besonders dankte er der Preisträgerin Charlotte Hahn und drei Schlagzeugern für die „faszinierende Art der musikalischen Begleitung der Verleihung“.

1. Tag der Vereinigungen der CDU NRW:

Rechtsanspruch auf Pflegeplatz und Seniorenämter.



Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden der Senioren-Union NRW Dr. Gabriele Peus-Bispinck und Bernhard Mihm in einer Gesprächsrunde mit Vertretern der CDA NRW.

Beim 1. Tag der Vereinigungen der CDU kamen in Düsseldorf deren Vertreter zusammen, um ihre Positionen in Diskussionsrunden auszutauschen. Das Treffen diente dem besseren Kennenlernen von Schwerpunkten, Aktivitäten und Möglichkeiten des politischen Einbringens der einzelnen Vereinigungen untereinander.

Für die Senioren-Union stellten der Landesvorsitzende Leonhard Kuckart und die stellvertretende Landesvorsitzende Christa Thoben Grundpositionen vor. Dabei hob Kuckart hervor, dass die CDU bei Wahlen die Stimmen der älteren Menschen brauche. Die älteren Menschen in Pflegeheimen hätten denselben Wert wie das Baby in der Wiege. Kuckart forderte den Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz und Seniorenämter in den Kommunen, die es neben den Jugendämtern geben sollte.

Erbrachte Leistungen könnten nicht vom Alter abhängen. „Wir brauchen Wert-

schätzung des Alters. Dafür werben wir mit unserer Politik und werden das auch durchsetzen“, stellte Kuckart die Position der Senioren-Union dar.

Christa Thoben nannte ein Problem, das in Zukunft immer stärker auf die Gesellschaft zukommen wird: „Wenn es uns nicht gelingt, dass der ältere Mensch in seiner gewohnten Umgebung bleibt, dann werden wir es auch nicht bezahlen können.“ Die Stadtteilentwicklung müsse stärker in den Blick genommen werden, um die Nahversorgung zu sichern.

In einer Gesprächsrunde mit der CDA, an der die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Gabriele Peus-Bispinck und Bernhard Mihm teilnahmen, erklärte Mihm, die Senioren-Union müsse in der Debatte überzeugen. Sie wisse, wie die älteren Menschen tickten. Deshalb könne die Senioren-Union die Politik der CDU in ihren Kreisen vertreten. Dr. Peus-Bispinck

nannte es „das allerwichtigste, das Alltagsbild zu ändern. Es wird seitenslang über Familie geredet, aber nicht über Großeltern.“ Mahnend hob sie hervor: „Die heute 65-Jährigen wählen uns noch in Mehrheit, aber ob es die heute 50- bis 55-Jährigen noch bei diesem Alltagsbild tun werden, weiß ich nicht.“

Auf die Frage, was sich die beiden Vertreter der Senioren-Union von der CDU wünschten, sagte Bernhard Mihm: „Ein offenes Ohr für eine Bevölkerungsgruppe, die keine Randgruppe mehr ist. Senioren bilden die Mitte der Gesellschaft. Deshalb wünschen wir uns, dass die Senioren ihre Erfahrungen in alle Bereiche der Politik einbringen. Erfahrungen sind nicht angeboren,



Der Landesvorsitzende Leonhard Kuckart und die stellvertretende Landesvorsitzende Christa Thoben stellten Grundpositionen der Senioren-Union vor.



Reger Andrang herrschte beim „1. Tag der Vereinigungen der CDU“ bei Mechthild Solberg am Informationsstand der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen.

sie wachsen einem zu.“ Kritisch merkte Dr. Peus-Bispinck an: „Wir sind schon überall, aber ich habe nicht das Gefühl, dass das irgendwo gewollt wird.“ Auf die Frage, was die Senioren-Union machen könne, um die nächste Wahl zu gewinnen, mahnte Mihm: „Falls die CDU nicht in der Zielgruppe der Senioren über 50 Prozent der Stimmen erhält, dann gewinnt sie nicht. Wir haben Themen vorzubringen, die die Partei sich zu Eigen machen muss.“ Dr. Peus-Bispinck ergänzte, die CDU müsse auf die Menschen der älteren Generation zugehen und zeigen, dass diese ihr sichtbar seien. „Wir vertreten unsere Position behutsam, aber mit Sicherheit.“

Karl-Josef Laumann fordert eine Tagesstruktur für pflegebedürftige Menschen.



Karl-Josef Laumann, Pflegebeauftragter der Bundesregierung, riet den Vertretern des Bezirks Ruhr der Senioren-Union, sich künftig noch mehr darum zu kümmern, wie sich die Situation der Senioren weiterentwickelt. Von dieser Forderung ausgehend, schilderte er anschaulich und dringlich die Veränderungen, auf die sich die Gesellschaft durch eine immer größer werdende Zahl älterer Menschen einstellen muss. Zum Thema „Pflege“ hat Bezirksvorsitzender Helge Benda Mitglieder aus 14 Kreisverbänden in das „Technologie- und Gründerzentrum“ nach Bochum-Wattenscheid eingeladen. Mit Karl-Josef Laumann stand der wohl kompetenteste Bundespolitiker zu diesem Thema Rede und Antwort und aus seiner reichhaltigen Praxis-Erfahrung berichtete Dirk Brieskorn aus Essen.

Für ein besseres Image der Pflegeberufe warb Karl-Josef Laumann und forderte, diesen Beruf auf Augenhöhe mit anderen Berufen in Deutschland anzusiedeln. Hier herrsche ein Ärzte-kommentiertes Gesundheitssystem. Man müsse aber der Entwicklung gerecht werden, dass inzwischen zwei Drittel bis drei Viertel aller Pflegegeschüler das Fachabitur haben. Im Moment seien 700.000 Menschen in Pflegeberufen tätig. Jährlich würden etwa 70.000 mehr benötigt, mahnte Laumann an, mit der Entwicklung Schritt zu halten. In einem Grußwort an die Klausurtagung forderte der Landesvorsitzende Leonhard Kuckart einen Rechtsanspruch auf einen Seniorentagespflegeplatz analog zu einem Rechtsanspruch auf einen Kindertagesplatz für die Unterdreijährigen.

Laumann kritisierte, dass in sechs Bundesländern Gebühren für die Ausbildung zum Altenpfleger gezahlt werden müssten, wogegen die Ausbildungen in Bereichen

der Medizin und Pharmazie gebührenfrei seien. Hier müsse eine Gleichheit hergestellt werden, forderte der Bundespolitiker. Mit Blick auf die 2,7 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland solle es einen freien Marktzugang mit Qualitätsvoraussetzungen geben. Die Pflegestrukturen blieben dann im Griff, wen es einen möglichst hohen Anteil an häuslicher Pflege gäbe. Alte Menschen wollten schließlich möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben, sagte Laumann. Er forderte, eine Tagesstruktur für pflegebedürftige Menschen zu schaffen: „Die Betreuungsstruktur für Kinder ist lückenlos geschaffen, nicht aber für Senioren.“

Laumann forderte die Anwesenden auf, sich mit den Kommunen zusammzusetzen und Strukturen für die Senioren zu schaffen. Diese Strukturen seien häufig von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, deshalb sollte möglichst viel über individuelle Strukturen geregelt werden. Die Notwendigkeit eines seniorengerechten Wohnumfeldes hob die stellvertretende Landesvorsitzende der Senioren-Union, Christa Thoben, hervor, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Älteren so lange wie möglich zu Hause bleiben könnten. Bei der Neudefinition der Pflegebedürftigkeit wären entscheidende Verbesserungen für die Demenzkranken erzielt worden, lobte Laumann. Künftig sollen Pflegeheime unabhängig von der Anzahl der Pflegestufen einheitliche Zuzahlungen erhalten. Das Prinzip Reha soll vor Pflege gehen und der Medizinische Dienst soll ver-

pflichtet werden, bei Hausbesuchen den Reha-Bedarf zu ermitteln. Die familiäre Bande sei besonders wichtig für hilfsbedürftige Senioren. „Deshalb ist die CDU gut beraten, die Ehe und Familie unter besonderen Schutz zu stellen“, forderte Laumann. Die familiäre Bande sei ein Wert für die Gesellschaft. Für Nordrhein-Westfalen forderte Laumann, dass die Pfleger sich in einer eigenen Kammer organisieren sollen. Die rot-grüne Landesregierung sei allerdings dagegen. In Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen gäbe es entsprechende Kammern.

Der Medizinische Dienst solle in Stiftungen überführt werden, weg von den Krankenkassen. Als Stiftung koste der MDK auch nicht mehr als bei den Krankenkassen.

Da die Zahl der Hausärzte stets zurück gingen, müssten wieder Dorfschwestern eingeführt werden, die unterhalb der Hausärzte angesiedelt sein könnten, forderte Laumann unter Beifall der Anwesenden.

Dirk Brieskorn bemerkte, dass die Zunahme von Lebenserwartung vor allem außerhalb der Pflege stattfinde. „Wir sind noch nie so gesund alt geworden.“ Die Stadt Essen solle wieder einen kommunalen Altenhilfeplan haben.

Helge Benda dankte für die tiefen, praxisnahen Einblicke in das Thema Pflege und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die vielen Anregungen zu Diskussionen über die Schaffung von Strukturen vor Ort führten. Die rege Teilnahme zeigte, so Benda, dass das Thema immer relevanter werde.



Dirk Brieskorn, Geschäftsführer der Familien- und Krankenpflege e.V. Essen, Helge Benda, Bezirksvorsitzender Senioren-Union Ruhr.

Bezirksseniorentag Aachen auf Schloss Burgau, Düren.

Traditionell richtet alljährlich die Senioren-Union Bezirk Aachen einen Bezirksseniorentag aus. Die fünf zum Bezirk gehörenden Kreise übernehmen in alphabetischer Reihenfolge die Ausrichtung. 2015 übernahm der Kreisverband Düren-Jülich diese Aufgabe.

Kreisvorsitzender Wolfgang Gunia konnte rund 250 Senioren begrüßen und unter den zahlreichen Ehrengästen den Bürgermeister der Stadt Düren Paul Larue, den Landrat des Kreises Düren Wolfgang Spelthahn sowie den Staatssekretär und CDU-Bezirkvorsitzenden Thomas Rachel. Als Festredner wurde Karl-Josef Laumann, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten, gewonnen. Er war ausgewählt worden als ausgewiesener Fachmann für viele Fragen die Senioren besonders angehen. Er sprach zum Thema

„Herausforderungen der Pflege und der Kommunalpolitik in einer alternden Gesellschaft“. In seinen sehr konkreten Ausführungen machte er deutlich, dass jedes Jahr 20.000 zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt würden, um den steigenden Bedarf zu decken. Um Menschen für diesen Beruf zu gewinnen, müsste er vom Ansehen und den Arbeitsbedingungen her aufgewertet werden. Außerdem sollte das Schulgeld an den Fachschulen entfallen. Es sei nicht einzusehen, dass Ärzte und Apotheker ohne Studiengeldzahlungen ausgebildet werden, Pflegekräfte aber nicht.

Ein weiterer Aspekt war die Tagespflege. Hier müssten unbedingt mehr Einrichtungen geschaffen werden, um es pflegenden Angehörigen leichter zu ermöglichen, tageweise entlastet zu werden. Hier wurde von Bundesregierung, durch eine Erhöhung der finanziellen Leistungen,

ein Anreiz gegeben. Die Kommunen sollten die Möglichkeiten schaffen, dort Pflegeplätze einzurichten, wo die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Der Leistungskatalog der Pflegeversicherung muss kontinuierlich den realen Erfordernissen angepasst werden, insbesondere was den Zeitaufwand für einzelne Pflegeleistungen angeht. Hier sei die Regierung auf einem guten Weg.

Die Redebeiträge des Bürgermeisters, des Landrates und des Bezirksvorsitzenden ergänzten sich insofern, als sie sehr konkret von ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich aus auf die Bedürfnisse der Senioren, die bisher erbrachten Leistungen und künftige Aufgaben eingingen. Aus aktuellem Anlass wurde auch eingehend das Thema Flüchtlinge behandelt und dafür gewonnen, in Deutschland trotz der Belastungen eine echte Willkommenskultur aufrecht zu erhalten und zu gestalten.

Junge sind schneller – Alte kennen die Abkürzungen.

Diese Erkenntnis veranlasste den Bezirksverband Niederrhein der Seniorenunion der CDU, zu ihrer Vorstandssitzung den Vorstand der Junge Union Bezirk Niederrhein ein zu laden.

In einem intensiven Gedankenaustausch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der JU Niederrhein, Tobias Stümges, diskutierte man über Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten. So bewegt beide Generationenvereinigungen der CDU die anhaltende Zurückhaltung der Bürger bei der politischen Gestaltung unserer Gesellschaft.

Oberste Priorität hat deshalb für beide Vereinigungen wie für die CDU insgesamt, die Bürger vor Ort und in Nachbarschaften und Vereinen an zu sprechen und zum Mitmachen und Mitgestalten ein zu laden.

Eine weitere Feststellung betraf die Tatsache, dass die Generation zwischen JU und SU, die 35 bis 60-Jährigen, in Partei und Vereinigungen immer weniger werden. Dies kann daran liegen, dass sich viele, die der JU „entwachsen“ sind,

zunächst um ihr berufliches Weiterkommen intensiv kümmern (müssen). Dass dabei die Vertreter der Senioren-Union den Jungen geeignete Abkürzungen weisen könnten, zeigt auch, wie beide Seiten von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit profitieren können, denn die Schnelligkeit (und Kraft) der Jugend kommt in vielen

Bereichen auch den Senioren zu Gute. So stellte dann auch Theo Thissen, der Vorsitzende des SU Bezirksverbandes Niederrhein abschließend fest:

Zusammenkunft ist ein Anfang – Zusammenhalt ist ein Fortschritt – Zusammenarbeit ist der Erfolg!



Auf dem Foto zu sehen sind: vl Franz Schooltink, Kleve; Reinhard Maly, Viersen; Tobias Stümges, JU Niederrhein; Theo Thissen, Vorsitzender Su Niederrhein

Senioren-Union will Gespräch mit dem DGB fortführen.

Mit „großem Aufgebot“ trafen sich der Sprecherkreis des DGB Nordrhein-Westfalen und der geschäftsführende Vorstand der Senioren-Union (SU) des Landes in Düsseldorf, um Vorstellungen über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte auszutauschen und möglicherweise Ansatzpunkte zu finden, bestimmte Aufgaben künftig gemeinsam anzugehen.

Dabei war aus Kreisen des DGB zu hören, dass die Seniorenarbeit nur dann eine Chance hätte, wenn man Kräfte koppelt und sich für bestimmte Ziele „zusammentut“. Die DGB-Vertreter schilderten, dass es etwa zwei Millionen Senioren bei ihnen gäbe, aber keine unmittelbare Interessenvertretung für diese Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder.

SU-Landesvorsitzender Leonhard Kuckart erläuterte die Ziele seiner Organisation. Dabei sei es „zu bescheiden, sich auf Seniorenbeiräte in den Kommunen zu beschränken. Ich fordere Seniorenausschüsse. Ohne Senioren läuft politisch nichts. Die Älteren haben ein Recht darauf, einbezogen zu werden.“ In unserer Gesellschaft lasse die Wertschätzung älterer Menschen mehr als zu wünschen übrig. Am Thema Seniorenausschüsse schie-

den sich die Geister. Aus DGB-Kreisen wurde die Meinung vertreten, dass solche politischen Ausschüsse „nicht funktionieren“. Beim DGB arbeite man an einem Seniorenmitwirkungs-gesetz.

Christa Thoben, stellvertretende Landesvorsitzende, wies darauf hin, dass zum Beispiel in der Werbung fast nur Weiß- und Grauhaarige zu sehen seien und die Menschen immer später aus dem Berufsleben ausstiegen. Sie fragte, ob die Minijobs das richtige für die älteren Menschen angesichts der Probleme des Rentensystems seien.

Einig waren sich SU und DGB, dass die älteren Menschen immer nur als Leistungsempfänger dargestellt würden, nicht mit dem, was sie in die Gesellschaft einbrächten. Christa Thoben regte an, über modernere Begrifflichkeiten statt der Bezeichnung „Ehrenamt“ und Kooperationsformen zwischen Jung und Alt nachzudenken. Leonhard Kuckart sagte voraus, dass die Renten künftig nicht mehr ausreichen würden, das Alter zu finanzieren. 40 Prozent der Ehrenamtler seien über 60 Jahre alt. Es müssten Möglichkeiten gefunden werden, nachberufliche Tätigkeiten zu bezahlen.

In der Rentenfrage herrschte Einigkeit. Die DGB-Vertreter äußerten ihre Befürchtung, dass die dauernden Rentensenkungen nicht mehr lange ausgehalten werden können. Leonhard Kuckart drückte seine Erwartung aus, dass die angekündigte Erhöhung von 4,35 Prozent für 2016 dieses Mal realisiert werde „und nicht wieder mit irgendwelchen Tricks gesenkt wird. Ich habe die große Befürchtung, dass Rechnungsmöglichkeiten gefunden werden, die im System möglich sind.“

Treffen dieser Art sollen wiederholt werden. Darin waren sich alle SU- und DGB-Vertreter einig. Zu den Themen „Sucht im Alter“ und „Altersarmut“ wollen die Organisationen wieder zusammentreffen. Um möglichst breiten Konsens zu erzielen, sollen an diesen Treffen auch Seniorenvertreter der SPD teilnehmen. Für die SU erklärte Norbert Gönnewicht, dass sie bereit sei, die Gespräche bei konkreten Themen fortzuführen und dass sich die Organisationen bei Sachveranstaltungen gegenseitig einladen. Die DGB-Vertreter versprochen: „Wir sollten rebellischer werden.“ Für das nächste gemeinsame Treffen hat Leonhard Kuckart zur Senioren-Union eingeladen.

Erfolgsgeschichte aus Wirtschaft, Sport und Kultur.

Die Geschichte der westfälischen Unternehmer Grafe, die ihren Ursprung in Rüthen im Sauerland haben, liest sich wie eine Erfolgsstory. Mit 250.000 Euro Startkapital zogen Matthias, Clemens, Christian und Michael Grafe nach der Wende nach Jena, um sich dort selbstständig zu machen. Damals waren sie zwischen 22 und 27 Jahre alt und kamen frisch von der Universität oder aus der Ausbildung. Mit berechtigtem Stolz erzählt Unternehmer Matthias Grafe, dass aus dem Startkapital bisher knapp 70 Millionen Euro Investitionen geworden sind. Die Spezialisten für Kunststoffmodifizierung sehen mit großer Freude, dass ihr Wissen namhafte deutsche Hersteller überzeugt hat und sie ihre Produkte erfolgreich auch in-

ternational am Markt platzieren konnten. Von der wirtschaftlichen Entwicklung profitierte auch das Umfeld. 1994 erfolgte der Umzug von Jena nach Blankenhain, wo für viele Menschen Arbeitsplätze geschaffen wurden. Inzwischen gibt es mehr als 300 Mitarbeiter und Niederlassungen in Italien, Polen und Remscheid. In Blankenhain entstand dann auch ein zweites Standbein. Das nicht nur unter Golfern bekannte Hotel „GolfResort Weimarer Land“. Auf den Spuren Goethes, der dort einst lustwandelte, entstand ein Hotel- und Golfkomplex, der nicht nur für Golfer eine Oase der Ruhe und perfekten Planung bedeutet. Familien und auch viele „Nicht-Golfer“ kommen hierher, um in dem nach Gäste-Sicht gebauten Hotel zu entspannen oder auch zu feiern. Auch ei-

ne Bus-Reisegruppe der Senioren-Union aus dem westfälischen Heimatort der Unternehmer hat schon die Annehmlichkeiten genossen. Im Herbst 2009 erfolgte der erste Spatenstich für den ersten Golfplatz. Bis jetzt hat der ganze Komplex 30 Millionen Euro an Investitionen gekostet. Der Art des belgischen Landhausstils entstammt die gesamte Planung bis hin zur Zimmer-Einrichtung und Konstruktion in mehreren Gebäuden. Alle Pläne sind selbst entwickelt worden. Sehr viele Senioren nehmen das Angebot gerne wahr und kommen in das familienfreundliche, generationsübergreifende Hotel, um auch im Winterhalbjahr das kulturelle Umfeld in Weimar, einer Hochburg deutscher Kultur, zu genießen.

Gemeinsam zu zukunftsorientierter Gesellschaft in Europa beitragen.



Die Einleitung und Begrüßung durch ESU-Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck Münster

Teilnehmer aus acht europäischen Ländern kamen im September zur Regionalkonferenz der Europäischen Seniorenunion (ESU) nach Münster. ESU-Vizepräsidentin Gabriele Peus-Bispinck konnte bei ihrem „Heimspiel“ zahlreiche Gäste und politische Prominenz begrüßen.

In einem waren sich die Teilnehmer einig: Die ältere Generation ist jetzt und künftig über die Grenzen hinweg die größte Wählergruppe. Darauf wies der Generalsekretär des Österreichischen Senioren Bundes, Heinz Becker hin. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis leitete ESU-Präsidentin An Hermanns die Forderung nach einer Entwicklung von Konzepten ab, um zu einer altersfreundlichen Gesellschaft beizutragen. Alle Bereiche der Gesellschaft

hätten sich daran zu beteiligen und einer „zukunftsorientierten Gesellschaft eines längeren Lebens“ beizutragen.

Ursula Lehr, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen (BAGSO) fordert die ältere Generation dazu auf, in einer Zeit des demografischen Wandels selbst etwas dafür zu tun, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit möglichst lange zu erhalten. Lehr nannte die Kontrolle von Risikofaktoren als Mittel der Prävention, die mit der Rehabilitation unbedingt Vorrang vor der Pflege haben sollte. Die ältere Generation habe sich inzwischen umfassend geändert. Sie sei gesünder und kompetenter geworden und wolle mitgestalten.

Der Landesvorsitzende der Senioren-Union (SU) und deren stellvertretender Bundesvorsitzender, Leonhard Kuckart, riet in einem Grußwort den Älteren, sich noch stärker als bisher in die politische Arbeit einzubringen.

Auch in der aktuellen Flüchtlingsdebatte herrschte bei den Referenten weitestgehend Einigkeit. Der Österreicher Heinz Becker, MdEP, hob hervor, es sei Christenpflicht, Opfern von Krieg und Verfolgung zu helfen. Es müsse aber eine Abgrenzung zu den Zuwanderern geben, die sich in der Europäischen Union ein wirtschaftlich besseres Leben versprechen. Der Europaabgeordnete Markus Pieper warnte angesichts der Flüchtlingspolitik vor einem Rückfall in die Zerstrittenheit vergangener Jahre.

SU-Bundesvorsitzender Otto Wulff unterstützt bei der Flüchtlingsfrage ausdrücklich die Aussagen der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Forderung zur Lösung der damit verbundenen Probleme auf europäischer Ebene.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart

REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg, Leonhard Kuckart, Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer, Norbert Solberg, Ralph Sondermann

ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf
Tel. 0211.13600-22 | Fax 0211.13600-54
info@senioren-union-nrw.de
www.senioren-union-nrw.de

GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare



Freunde und Delegierte aus Belgien, Großbritannien, Österreich, Polen, Tschechien und Deutschland

„Der BRSNW – Ein Verband bewegt Menschen mit Behinderung in NRW“.



Der Behinderten- und Rehabilitations-sportverband Nordrhein-Westfalen e.V. (BRSNW) ermöglicht Menschen mit oder mit drohender Behinderung oder mit chronischer Erkrankung die Teilnahme an Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten. Über 250.000 Menschen nehmen in rund 1.600 Vereinen Nordrhein-Westfalens die Angebote des Verbandes im Rehabilitations-, Präventions-, Breiten- und Leistungssport wahr. Der BRSNW ist der größte Landesverband im Deutschen Behindertensportverband und ordentlicher Fachverband für den Sport von Menschen mit Behinderung im Landessportbund NRW.

Das Aufgaben- und Angebotsspektrum des BRSNW ist vielfältig und entwickelt sich stetig fort. Dabei sind knapp 10.000 lizenzierte Übungsleiter und Trainer sowie zahlreiche Ehrenamtliche und Ärzte eine unverzichtbare Stütze des Verbandes. Der ärztlich verordnete und in Gruppen durchgeführte Rehabilitationssport sowie der Präventionssport von Menschen mit Behinderung haben große Bedeutung für das Gesundheitswesen und die individuelle Leistungsfähigkeit. Mit seiner selbst verwaltende Jugendorganisation - Kiju - begleitet der BRSNW Kinder und Ju-

gendliche auf ihrem Weg in den Sport und trägt zur Persönlichkeitsbildung sowie zur Förderung der physischen, psychischen und sozialen Entwicklung bei. Die Grundlage des BRSNW bildet der Breitensport. Dieser bietet unzählige Spiel- und Sportarten, wie das Ablegen des Sportabzeichens, zur körperlichen Aktivität für alle Menschen mit Behinderung und ebnet für besonders talentierte Athletinnen und Athleten den Weg in den Leistungssport.

Das große Ziel im Behindertenleistungssport sind die Paralympics. Der lange Weg dorthin beginnt auf Aktionstagen und in Nachwuchskadern und setzt sich mit hartem und jahrelangem Training fort. Förderprogramme, Landeskader, Individualförderung, Landesleistungsstützpunkte sind nur einige Stationen, die Athletinnen und Athleten in der Folge durchlaufen müssen, um der Deutschen Paralympischen Mannschaft angehören zu können. Bei den nächsten Sommer-Paralympics 2016 in Rio de Janeiro wird NRW erneut viele Athletinnen und Athleten der Deutschen Paralympischen Mannschaft stellen. Sportartenübergreifend waren diese in den vergangenen Jahren Garant für zahlreiche Topplatzierungen und Medaillen.

Die vielfältigen Behinderungsformen und -schweregrade erfordern eine sorgfältige Planung, Vorbereitung und Durchführung des Behindertensports in all seinen Facetten und Ausprägungen. Ein möglichst individuell angepasstes Sportangebot zu realisieren, ist Ziel des BRSNW und seiner Vereine. Um den speziellen Anforderungen des Behindertensports und der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion gerecht zu werden, bedarf es der Unterstützung der breiten Öffentlichkeit und eines Jeden. **Durch Ihre finanzielle oder ideelle Unterstützung ermöglichen Sie Menschen mit Behinderung in NRW die Teilhabe am gesellschaftlichen Alltag und die Ausübung von Breiten- und Leistungssport.**

Herzlichen Dank!



Behinderten- und Rehabilitationssportverband Nordrhein-Westfalen e.V. (BRSNW)

Friedrich-Alfred-Str. 10 – 47055
Duisburg
Tel.: 0203 – 7174 150
Fax: 0203 – 7174 250
E-Mail: brsnw@brsnw.de
Internet: www.brsnw.de

Spendenkonto:

Empfänger: BRSNW
IBAN: DE65 3755 1440 0100 1135 54
SWIFT-BIC: WELADEDLLEW

Stichwort: Behindertensport NRW
Zur Ausstellung einer Spendenquittung senden Sie uns bitte Ihre Adresse an slamka@brsnw.de oder an unsere allgemeinen Kontaktdaten.